

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

Sitzungsort: Sozialraum des Bau- und Entsorgungsbetriebes  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:00 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Richard Janssen

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsherr Richard Janssen – Vorsitzender –  
Ratsherr Bernd Kalkkuhl  
Ratsherr Richard Woldmer

#### **CDU**

Ratsherr Hinrich Odinga

#### **FDP**

Ratsherr Franz Melles

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Sven Domnik  
Herr Friedrich Davids als Vertreter für Herrn Rolf Jürgens  
Frau Rosemarie Filchner

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)**

Ratsherr Bernd Renken

#### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Jan Röttgers  
Techn. Leiter Nils Andersson  
Kaufm. Leiter Frank Rogga  
Abt.-leiter Straßenbau Herbert Buß  
Abt.-leiter Entsorgung Torsten Holtz  
Abt.-leiter Öffentl. Grünflächen Hendrik Helbig  
Protokollführerin Nantke Discus

Zuhörer: 5

Vertreter der Presse: 2

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Janssen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere drei Gäste aus Emdens Partnerstadt Archangelsk (Russland).

**Herr Janssen** stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig sei.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Andersson** teilt mit, dass der TOP 5, Vorlage 14/1304-00, von der Verwaltung zurückgezogen werde.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 35 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 08.09.2004

Die Niederschrift Nr. 35 wird einstimmig genehmigt.

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger möchte gerne wissen, welchen finanziellen Anteil die Industrie- und Gewerbebetriebe an der Rekultivierung der Deponie tragen würden. Des Weiteren bittet er um Auskunft, warum die Grundgebühren für die 120-l-Gefäße prozentual stärker angehoben würden als die Grundgebühren für die 1.100-l-Gefäße und wie die Sperrmüllabfuhr organisiert werden solle.

**Herr Röttgers** erklärt, dass diese Fragen im Rahmen der Beratungen des TOP 6 beantwortet würden.

### BESCHLUSSVORLAGEN

**Punkt : 5** Vorlage 14/1304-00  
5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung (aufgrund der anstehenden Rekultivierung der Deponie)

**Ergebnis:** Von der Verwaltung zurückgezogen.

**Punkt : 6** Vorlage 14/1308-00  
5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung (aufgrund der anstehenden Rekultivierung der Deponie und Sperrmüllabfuhr 1-mal im Jahr frei)

**Herr Röttgers** bittet darum, die Gebührenerhöhung für die Sicherung und Rekultivierung der Deponie und die Erhöhung für die Einführung der für den Bürger kostenfreien Sperrmüllabfuhr getrennt zu betrachten und zu diskutieren. Die Gebühren seien längere Zeit nicht erhöht worden, aufgrund der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherung und Rekultivierung der Deponie sei diese Erhöhung nun jedoch unumgänglich. Bei der kostenfreien Sperrmüllabfuhr handle es sich um eine freiwillige Leistung.

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

**Herr Rogga** erläutert die Kosten, die für die Sicherung und Rekultivierung der Deponie und für die kostenfreie Sperrmüllabfuhr voraussichtlich anfallen und die Auswirkungen auf die Abfallgebühren anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die Auswirkungen auf einen 4-Personenhaushalt werden hierbei exemplarisch dargestellt.

**Herr Andersson** ergänzt, es handle sich bei dem Beispiel um Durchschnittswerte. Einige Haushalte müssten von daher natürlich mehr, andere weniger zahlen.

Mit Bezug auf die unter TOP 4 gestellten Fragen teilt **Herr Rogga** mit, es gebe zur Zeit keine Möglichkeit, die Kosten für die Sanierung der Deponie auf die Industrie- und Gewerbebetriebe umzulegen. Viele Betriebe würden ihren Müll bereits durch Privatunternehmen entsorgen. Eine starke Erhöhung der Gebühren für die 1.1000-l-Gefäße würde dazu führen, dass der BEE noch mehr Kunden in diesem Bereich verlieren würde.

**Herr Andersson** und **Herr Domnik** bestätigen dies. **Herr Andersson** erklärt weiter, dass hauptsächlich die Privathaushalte aufgrund der aktuellen Gesetzeslage die Kosten für die Sicherung und Rekultivierung der Deponie zu tragen hätten. Die Sperrmüllabfuhr solle so organisiert werden, dass jeder Haushalt eine Berechtigungskarte erhalte. Der Sperrmüll werde dann nach der Anmeldung beim BEE abgeholt.

**Herr Renken** erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag nicht einverstanden da es ungerecht sei, die Bürger mit den Kosten zu belasten, während die Industrie- und Gewerbebetriebe als frühere Nutzer der Deponie kaum an den Kosten beteiligt würden. Von daher solle geprüft werden, inwieweit andere Finanzierungsmöglichkeiten bestünden, um auch die Betriebe zur Finanzierung heranzuziehen. Zum Beispiel könne eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes erfolgen.

Des Weiteren möchte **Herr Renken** die Fragen beantwortet wissen, wie lange die Nachsorgeperiode dauere und ob die Kreditlaufzeiten dementsprechend seien. Er bitte auch um Auskunft, ob die Höhe der Zinsforderungen gegenüber der Stadt bereits festgelegt worden sei.

**Herr Rogga** antwortet, die Nachsorge der Deponie müsse voraussichtlich über einen Zeitraum von 30 Jahren erfolgen. Die Kredite würden ebenfalls mit einer Laufzeit von 30 Jahren aufgenommen werden, die Zinsen könnten von der Bank jedoch nur für die nächsten 10 Jahre garantiert werden. Bezüglich der Höhe der Zinsforderungen gegenüber der Stadt werde in Kürze ein Termin mit dem Kämmerer stattfinden, da der Zinssatz noch festgelegt werden müsste.

**Herr Röttgers** teilt mit, Gewerbebetriebe könnten nicht herangezogen werden um die Kosten der Sanierung mitzutragen, da sie keinem Anschluss- und Benutzerzwang unterlägen. Eine Erhöhung der Gewerbebesteuer komme wegen der negativen Auswirkungen auf die Emdener Wirtschaft nicht in Betracht.

**Herr Kalkkuhl, Herr Odinga** und **Herr Melles** erklären, die Erhöhung der Grundgebühr auf 47,00 € sei vertretbar. Die Einfuhr der 1-mal-jährlich für den Bürger kostenfreien Sperrmüllabfuhr müsse aber in den Fraktionen beraten werden.

**Herr Renken** erklärt, dass der Bürger keine Möglichkeit habe, bei einer Gebührenerhöhung auszuweichen. Von daher habe er vorgeschlagen, die Mittel für die Sanierung der Deponie durch andere allgemeine Haushaltsmittel zu decken, eine Gewerbesteuererhöhung sei nur ein Beispiel gewesen.

Früher habe es bereits eine Vorlage mit detaillierten Berechnungsgrundlagen für eine Einfuhr der Sperrmüllabfuhr gegeben. Er bitte um Auskunft ob sich die Zahlen von damals zwischenzeitlich geändert hätten.

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

**Herr Röttgers** macht erneut darauf aufmerksam, dass die Erhöhung der Grundgebühr monatlich lediglich ca. 0,80 € betrage. Wenn ein Teil der Kosten auf die Wirtschaft umgelegt werden könnte und sich der Betrag, den die Bürger zu tragen hätten so reduzieren würde, würde im Ausschuss die gleiche Diskussion wie in diesem Moment geführt werden. Die Wirtschaftsförderung sei ein sehr pflegeintensives Gebiet. Der Verwaltung sei keine Möglichkeit bekannt, die Mittel für die Sanierung der Deponie anders als durch den hier vorgelegten Beschlusssentwurf zu erwirtschaften.

**Herr Andersson** erklärt, den Fraktionen könnten die Berechnungsgrundlagen über die Zusammensetzung der Kosten für die Sperrmüllabfuhr zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Rogga** teilt mit, die Zahlen hätten sich gegenüber den bereits früher bekanntgegebenen Zahlen nicht verändert.

**Herr Woldmer** bemerkt, dass Sperrmüll früher für den Bürger kostenfrei im vierteljährlichen Rhythmus abgefahren worden sei und stellt die Frage, warum dies eingestellt worden sei. Bei vielen Leuten hätte sich mittlerweile viel Hausmüll angesammelt, bei älteren Menschen falle dagegen kein Sperrmüll an. Er plädiere ebenfalls dafür, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen.

**Herr Renken** bittet um Auskunft, ob die Menge des Sperrmülls auch zukünftig auf 4 m<sup>3</sup> pro Haushalt und Abfuhr beschränkt bleibe.

**Herr Rogga** bestätigt dies.

Auf Nachfrage von **Herrn Kalkkuhl**, wie die Erfahrungen mit dieser Beschränkung seien, teilt **Herr Andersson** mit, der BEE habe gute Erfahrungen gemacht. Die Einwohner würden darauf achten, dass nicht mehr als 4 m<sup>3</sup> an die Straße gestellt würden, riesige Sperrmüllhaufen würden nicht entstehen. Wenn die Haufen ausnahmsweise doch zu umfangreich seien, würde der Sperrmüll nicht abgefahren werden.

**Herr Domnik** bestätigt dies.

**Herr Kalkkuhl** beantragt, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1308 als Anlage beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

**Punkt : 7** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Andersson** teilt mit, dass der BEE beabsichtige, sich an einem Netzwerk zu beteiligen, dass sich mit der Rekultivierung und späteren Nutzung ehemaliger Deponien beschäftige. Es gehe darum Erfahrungen, z. B. im technischen Bereich oder im Verwaltungsbereich auszutauschen, Schwerpunkt seien Deponien im innerstädtischen Bereich. An dem Netzwerk würden sich voraussichtlich 21 Städte aus 12 Ländern beteiligen. Das Projekt werde von der EU mit 50% bezuschusst (Interreg IIIC). Über eine Dauer von drei Jahren würden für den BEE somit Kosten in Höhe von 7.000,00 €/Jahr anfallen. Die Beteiligung am Netzwerk sei sinnvoll, da bei der Nachnutzung der Deponie so eventuell Kosten gespart werden könnten.

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

Auf Nachfrage von **Herr Kalkuhl** bezüglich der späteren Gestaltung des Hügels erklärt **Herr Andersson**, dass der Hügel zunächst mit Rasen eingesät werde. Aufgrund der örtlichen Lage bestünde ein starkes Interesse, das Gebiet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Über das Netzwerk sollten verschiedenen Möglichkeiten und Ideen, wie dies umgesetzt werden könnte, in Erfahrung gebracht werden.

**Herr Renken** erkundigt sich, ab wann die spätere Nutzung aktuell werde.

**Herr Andersson** bemerkt, die Baumaßnahme zur Sicherung und Rekultivierung würden voraussichtlich zum Ende des nächsten Jahres beginnen, die Bauzeit betrage ca. 2½ Jahre. Bis Ende 2007 müsse folglich entschieden sein, wie mit der Deponie weiter verfahren werden solle.

**Herr Andersson** teilt weiter mit, dass am 17.11 und 18.11.04 der VKS die Landesgruppentagung der Küstenländer in Emden durchführen werde. Es würden ca. 150-180 Tagungsgäste von kommunalen Abfallbetrieben erwartet. Diese Veranstaltung biete für den BEE eine gute Präsentationsmöglichkeit.

### **Punkt : 8**      Anfragen

**Herr Kalkuhl** möchte gerne den Zwischenstand bezüglich der Pflasterung in der Kirchstraße erfahren, was die Darstellung der ehemaligen Häuserstruktur im Pflaster angehe.

**Herr Buß** antwortet, eine Aussage hierzu könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen, da die endgültigen Zahlen der betroffenen Haushaltsstellen noch nicht vorlägen.

**Herr Woldmer** bemängelt den Zustand des Innenhofs beim Verwaltungsgebäude am Frickesteinplatz. Bereits im Frühjahr habe er sich erkundigt, wann hier etwas getan würde. Er wolle den aktuellen Sachstand erfahren.

Mit Verweis auf die Niederschrift Nr. 35 der Sitzung vom 08.09.2004, Punkt 9, bittet **Herr Woldmer** um Auskunft, ob das Straßenstück bei der Eisenbahnbrücke, das in alter Bauweise befestigt sei, nun ausgebaut werde.

**Herr Röttgers** erklärt, dass es nicht opportun sei, wenn der öffentliche Dienst Arbeiten im eigenen Bereich anderen Arbeiten vorziehen würde. Aus diesem Grund habe man damit gewartet, den Innenhof zur Reparieren. Die erforderlichen Mittel für die Reparatur großer Teilbereiche seien nun jedoch vorhanden.

**Herr Buß** ergänzt, in Kürze würden die Kosten für diese Maßnahme ermittelt werden, dies dauere ca. 2-3 Wochen. Mit Bezug auf das Straßenstück bei der Eisenbahnbrücke teilt **Herr Buß** mit, dass ein Ausbau nicht Bestandteil der Fördermaßnahme sei, die Kosten hierfür seien folglich von der Stadt zu tragen. Ob hier ein Ausbau erfolgen könnte, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend mitgeteilt werden.

**Herr Renken** möchte wissen, wann der Jahresabschluss 2003 und der Bericht des Wirtschaftsprüfers im BEE vorgestellt werde.

**Herr Rogga** antwortet, zur Zeit werde intensiv an der Erstellung des Jahresabschlusses gearbeitet.

**Herr Odinga** weist auf vier Versackungen auf dem Friedhof Wybelsum und auf Versackungen bei der Bushaltestelle in Twixlum hin. Des Weiteren befänden sich in der Bettwehrstraße und in der Kloster-Langen-Straße mehrere kurze Schlaglöcher. Er bitte darum, dass diese vor Beginn des Winters entfernt würden.

## **Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 05.10.2004**

**Herr Andersson** sagt zu, dass dies geprüft werde.

**Herr Melles** macht auf tiefe Versackungen an den Bushaltespuren in Widdelswehr aufmerksam. Des Weiteren seien in der Bahnhofstraße bei den Hausanschlüssen Schläge entstanden. Diese Schäden könnten eventuell noch im Zuge der Gewährleistung behoben werden. Auch die Brücke in der Bahnhofstraße sei noch immer in einem sehr schlechten Zustand. Insbesondere bei Dunkelheit bestünden die Gefahr, dass Personen stürzen würden.

**Herr Buß** erklärt, bezüglich der Versackungen an den Bushaltestellen in Widdelswehr habe bereits ein Termin mit der Firma stattgefunden. Die Firma habe zugesagt, die Schäden noch vor Winterbeginn zu beheben.

Bezüglich der Brücke in der Bahnhofstraße müsse das Flurbereinigungsverfahren abgewartet werden. Wann Mittel für eine Reparatur vorhanden seien stünde noch nicht fest, die Stadt habe hier zur Zeit auch keinen direkten Einfluss. Die anderen Schäden in der Bahnhofstraße würden angeguckt werden, er bezweifle jedoch, dass hier noch die Gewährleistungsfristen laufen würden.

Zum Abschluss der Sitzung bedankt sich **Herr Janssen** bei **Herr Röttgers** für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit und verabschiedet ihn im Namen des Ausschusses.